

PRESSE Information

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nachfolgend bieten wir Ihnen eine Meldung an.

Friedrich Merz, (CDU), Vorsitzender der Atlantik-Brücke, gab heute, 12.06.19, dem Südwestrundfunk ein Interview zum Thema:

„K-Frage und Konferenz Atlantik-Brücke/Verhältnis Deutschland-USA“.

Das „SWR Tagesgespräch“ führte Mirjam Meinhardt.

Mit freundlichen Grüßen

SÜDWESTRUNDFUNK

Anstalt des öffentlichen Rechts
Radio · Fernsehen · Internet

Multimediale Chefredaktion
Zentrale Information
SWR Tagesgespräch

Postadresse 76522 Baden-Baden
Hausadresse Hans-Bredow-Straße
76530 Baden-Baden

Telefon 07221/929-23981
Telefax 07221/929-22050

Internet www.swr2.de

Datum: 12.06.2019

CDU-Politiker Merz zu eigener Kanzlerkandidatur: „Denke über diese Frage überhaupt nicht nach.“

Baden-Baden: Der CDU-Politiker Friedrich Merz kritisiert die Diskussion über potentielle Kanzlerkandidaten der Union. Im SWR2 Tagesgespräch sagte Merz, derzeit müsse darüber nicht gesprochen werden. Die Entscheidung stehe jetzt nicht an. Die Bundesregierung sei im Amt und wolle das auch bleiben. Sollte die GroKo zerbrechen, werde dann eine Entscheidung fallen. Außerdem habe der CDU-Parteitag im Dezember eine Personalentscheidung getroffen, deshalb verstehe er die Diskussion nicht. Grundsätzlich sehe er Mitgliederbefragungen genau wie Volksbefragungen eher skeptisch. Eine eigene Kanzlerkandidatur aber schloss Merz nicht explizit aus. Im SWR sagte er, es gebe jetzt „keine Entscheidungsnotwendigkeit und deshalb denke ich über diese Frage überhaupt nicht nach.“

Merz sagte im SWR, er habe die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer auch als Rednerin für die Eröffnungsrede zur heutigen Konferenz der Atlantik-Brücke eingeladen. Merz betonte: „Wir arbeiten eng zusammen und ich unterstütze sie bei dem, was sie als Parteivorsitzende tut.“

Wortlaut des Live-Gesprächs:

Meinhardt: Sie haben die Debatte um die K-Frage – also die Kanzlerkandidaten-Frage – als völlig irre bezeichnet. Läuft es so gut für die Union, dass sich die Frage nach der Führung nicht stellt?

Merz: Es gibt überhaupt keine Entscheidungsnotwendigkeit. Die Bundesregierung ist im Amt und hat erklärt, dass sie im Amt bleiben will – beide Seiten, Union und SPD – und die CDU hat im Dezember letzten Jahres ihre Personalentscheidungen getroffen und deswegen, auch wenn ich eine Nacht darüber geschlafen habe, ich verstehe die Diskussion nicht. Es gibt keine Notwendigkeit, irgendeine Entscheidung zu treffen.

Meinhardt: Sie haben gerade in einem Interview selbst gesagt, dass Sie glauben, dass die GroKo den Jahreswechsel nicht erreichen wird. Da könnten ja dann Bundestagswahlen und auch eine Kanzlerwahl durchaus bald anstehen oder?

Merz: Wenn das dann so ist, dann gibt es Entscheidungen.

Meinhardt: Sie selbst haben auch gesagt, dass Sie einer Mitgliederbefragung skeptisch gegenüberstehen. Würden Sie denn grundsätzlich kandidieren?

Merz: Ich bin ganz skeptisch sowohl bei Volksabstimmungen zu politischen Themen als auch bei Mitgliederbefragungen zu Personalentscheidungen in politischen Parteien, weil ich der Meinung bin, dass Parlamente in der repräsentativen Demokratie eine Aufgabe haben, Entscheidungen zu treffen, und das gleiche gilt für Parteivorstände und Delegiertenparteitage und bei dieser Meinung bleibe ich.

Meinhardt: Und sehen Sie denn grundsätzlich, dass Sie sich für eine solche Kandidatur bewerben würden?

Merz: Nochmal, es gibt überhaupt keine Entscheidungsnotwendigkeit und deswegen denke ich auch über diese Frage überhaupt nicht nach.

Meinhardt: Halten Sie denn den Kurs von Annegret Kramp-Karrenbauer für richtig?

Merz: Wir haben heute Morgen eine große deutsch-amerikanische Konferenz in Berlin mit der Atlantik-Brücke und mit dem American Council on Germany, unsere jährliche deutsch-amerikanische Konferenz und ich habe Annegret Kramp-Karrenbauer eingeladen, heute Morgen dort die Eröffnungsrede zu halten und das wird sie tun. Wir arbeiten eng zusammen. Ich unterstütze sie, bei dem, was sie als Parteivorsitzende tut und wir werden heute Morgen über Amerika reden und über nichts anderes.

Meinhardt: Welche Impulse erwarten Sie denn von der Rede der CDU-Vorsitzenden?

Merz: Wir wollen über die Frage reden, wie widerstandsfähig ist eigentlich das transatlantische Verhältnis und was macht eigentlich diesen Westen aus, als den wir uns ja nach wie vor verstehen. Was ist das Besondere am transatlantischen Verhältnis zwischen Europa und Amerika? Wenn man in diesen Tagen einen Blick nach China wirft und konkret sich ansieht, was dort in Hongkong passiert, dann werden die Unterschiede zwischen diesem Westen, unserer westlichen Staatengemeinschaft und anderen Teilen der Welt noch einmal sehr deutlich. Wir sind offene freiheitliche Gesellschaften und die Frage, mit der wir uns heute beschäftigen werden ist, sind wir eigentlich widerstandsfähig genug gegen autoritäre politische Systeme, setzen wir unsere freiheitliche liberale Ordnung durch in einer Zeit, in der es ja auch in Europa Anfechtungen für Populismus und autoritäre politische Führungen gibt.

Meinhardt: Trotzdem ist dieses deutsch-amerikanische Verhältnis ja auch gerade nicht unbelastet. Es gibt Differenzen in Handelsfragen, es gibt den Klimaschutz, es gibt das Streitthema NATO, es gibt das Iran-Abkommen – das transatlantische Verhältnis ist ja auch nicht besonders gut gerade, oder?

Merz: Nein, das ist nicht gut und das ist auch in einer extrem schwierigen Phase. Nun haben wir solche Phasen immer wieder gehabt. Ich muss zugestehen, nicht mit einer so schwierigen Regierung. Es ging dann eher um Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen und nicht in ganz grundsätzlichen Fragen. Trotzdem mache ich die Erfahrung, je weiter runter sie kommen in Amerika, also nicht nur auf der Ebene von Washington, sondern auf der Staatenebene, auf der Ebene der Unternehmen und deren Zusammenarbeit, auf der Ebene der großen Städte, bis hin zu den Städtepartnerschaften, die es auch mit Deutschland gibt, da ist das deutsch-amerikanische Verhältnis so stabil und so intakt, wie es immer war in besten Zeiten. Ich stelle sogar fest, dass uns viele Amerikaner heute sagen, verliert bloß nicht die Geduld, denkt daran, es gibt auch andere. Es gibt in Amerika auch andere politische Parteien, die ganz anders

denken über das transatlantische Verhältnis. Es gibt innerhalb der republikanischen Partei Abgeordnete, Senatoren, die ganz anders denken über Deutschland/Amerika. Denken Sie nur daran, dass wir auf der Münchener Sicherheitskonferenz in diesem Jahr demonstrativ die größte Gruppe von Abgeordneten aus dem Kongress hatten, die wir in den letzten 40 Jahren auf der Münchener Sicherheitskonferenz hatten. Also es gibt auch sehr positive Zeichen.

Meinhardt: Trotzdem ist natürlich Trump der Präsident und mit ihm gibt es diese Schwierigkeiten und würden Sie dann dazu raten, dass wir einfach warten, bis Trump nicht mehr an der Macht ist?

Merz: Nein, das kann ja noch länger dauern. Es gibt ja durchaus die Möglichkeit, dass er im nächsten Jahr auch wiedergewählt wird. Deswegen ist Warten keine Option. Wir müssen – und das ist, was ich auch in der Atlantik-Brücke mit allen Mitgliedern dort teile – wir müssen versuchen, Gesprächsebenen zu halten, sogar zu verbessern, mit denen, die guten Willens sind, mit denen die sehen, dass Amerika allein auf dieser Welt nichts ausrichten kann, dass auch Amerika Partner braucht. Wir - umgekehrt - Europäer müssen verlässliche Partner im transatlantischen Verhältnis sein. Auch wenn wir natürlich eigene Interessen haben, die nicht immer unbedingt die Interessen auch der Amerikaner sein müssen, aber das macht ja auch das gute Verhältnis zwischen Europa und Amerika aus, dass wir uns auch über Meinungsverschiedenheiten unterhalten können.

Meinhardt: Reicht das denn, denn nochmal, der Ansprechpartner ist Herr Trump?

Merz: Ja und Nein, natürlich auf der Regierungsebene ist es zunächst der Präsident und es sind dann auch die Mitglieder seiner Regierung, die ja zum großen Teil einfach das auch ausführen, was der Präsident will. Aber es gibt einen Kongress, es gibt einen Senat, es gibt ein Repräsentantenhaus, es gibt 50 Einzelstaaten in Amerika, die zum Teil offen gegen die Politik ihres Präsidenten Opposition machen, es ganz anders sehen. Nehmen Sie mal das Beispiel Klimaschutz. Eine Mehrheit der Staaten, der Einzelstaaten in Amerika, möchte das Pariser Abkommen erfüllen und sie machen große Anstrengungen in der eigenen Verantwortung dies auch durchzusetzen - so und mit denen reden wir, mit denen müssen wir reden und es wird natürlich dann auch irgendwann eine Zeit nach Trump geben.

- Ende Wortlaut -